

„In konjunkturschwachen Zeiten beschließt die Regierung immer, dass Projekte vorgezogen werden.“

Bernhard Felderer, IHS



IHS

(Keine) Aufgaben des Staates

Diese Zahlenspiele ändern nichts an der Tatsache, dass gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten die öffentliche Hand als potenter Finanzier ein gern gesehener Auftraggeber im Bauwesen ist. Aber gibt es abseits der Krisenhysterie übergeordnete, generelle Aufgaben, die der Staat als Bauherr zu erfüllen hat? Laut Michael Steibl, Geschäftsführer der Vereinigten Industriellen Bauunternehmer (VIBÖ) solle sich der Staat darauf konzentrieren, „die Standortqualität zu verbessern. Eine gute Infrastruktur sichert Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätze.“ Für Peter Koren von der Industriellenvereinigung (IV), ist der Staat nicht nur als Geldesel gefordert: „Die öffentliche Hand muss vor allem die geeigneten Rahmenbedingungen für den Ausbau der Infrastruktur schaffen“, erklärt Koren. „Einer zügigen Umsetzung stehen aber oft mangelnder politischer Mut und langwierige Genehmigungsverfahren entgegen.“

„Der Staat muss Straßen, Brücken und Schulen bauen. Eine Stop-and-go-Politik – auch wenn sie die Wirtschaft ankurbeln

würde – ist nicht seine Aufgabe“, sagt Steibl. Wenn in Zeiten der Krise Konjunkturbelebungsmaßnahmen die Beschäftigung in der Baubranche verbessern, könne das immer nur ein Nebeneffekt sein. Wirtschaftsforscher und IHS-Chef Bernhard Felderer warnt vor zu viel Einmischung: „Der Staat hat gegenüber früheren Jahrzehnten dazugelernt. Man versucht jetzt, das Bauvolumen konstant zu halten und Schwankungen wie in den 50er und 60er Jahren zu vermeiden“, sagt Felderer. „In konjunkturschwachen Zeiten beschließt die Regierung immer, dass Projekte vorgezogen werden. Das geht aber nur bei kleineren Bauvorhaben.“ Sehr große Projekte seien nämlich gar nicht von heute auf morgen baureif. Sie brauchen eine gewisse Vorbereitungsphase mit einer umfassenden Planung. Allein die Umweltverträglichkeitsprüfung kann Jahre dauern.

Keine Miete, keine Neubauten

„Die BIG kann eben nur im Auftrag ihrer Nutzer agieren“, sagt VIBÖ-Mann Steibl. „Die angekündigten Mietzinsstundungen waren ein Schritt in die Gegenrichtung.“ Hintergrund: Um Geld zu spa-

KOMMENTAR Feri Thierry



Markus Torдик

Feri Thierry

Österreich braucht PPP

Zu den ersten Opfern der Wirtschaftskrise gehörte zweifellos die Bauwirtschaft. Der Staat sieht sich gefordert und greift nun in den Markt ein, indem er Bauprojekte vorzieht und somit die Konjunktur ankurbelt. In so außergewöhnlichen Zeiten wie jetzt ein sinnvoller Beitrag, aber kein langfristiges Konzept.

Schwierige Zeiten machen tiefer greifende Veränderungen notwendig: Die Zukunft gehört mehr denn je der Kooperation. Gerade der Baubereich ist prädestiniert für Kooperationen zwischen Staat und Privat – in Form von „Public Privat Partnerships“ (PPP). Dieses Modell geht über die simple Vergabe öffentlicher Bauprojekte an private Unternehmen hinaus: Sie bindet privatwirtschaftliche Effizienz auch in Bereichen des Managements, der Organisation bis hin zur

Finanzierung ein und ermöglicht wesentliche Zusatzvorteile, wie z.B. Einsparungen beim Energieverbrauch.

Mit PPP können viele – oft dringend notwendige – Investitionen in öffentliche Infrastruktur schneller, günstiger und besser umgesetzt werden. Mehr PPP ist gut für den Wirtschaftsstandort, gut für den Wettbewerb und gut für die öffentlichen Haushalte: Ausbau der Infrastruktur, kürzere Projektentwicklungen, raschere Bauzeiten, bessere Nutzung von Know-how und höhere Gesamteffizienz von Investitionen.

Österreich hat großes Potenzial für PPP-Projekte – im Übrigen nicht nur im Baubereich, sondern beispielsweise auch in der IT, der Bildung und der Gesundheit. Dennoch hinkt Österreich in Sachen PPP anderen Ländern wie Deutschland oder Großbritannien hinterher. Die Rahmenbedingungen sind teils unzureichend und in der Politik fehlt es – je nach Ebene – an Commitment oder Know-how.

Deutschland ist da zum Teil erheblich weiter: In einigen Bundesländern wie Nordrhein-Westfalen wurden schon vor einigen Jahren PPP-Taskforces eingerichtet. Und im Frühjahr 2009 wurde

von der deutschen Bundesregierung die „ÖPP Deutschland AG“ als neues PPP-Kompetenzzentrum initiiert. Getragen wird die ÖPP Deutschland vom Bund, einigen Bundesländern, Kommunen und weiteren öffentlichen Auftraggebern sowie über 70 Unternehmen. Die Gesellschaft ist für die Verbesserung der Rahmenbedingungen und die Begleitung der PPP-Projekte des Bundes verantwortlich und steht öffentlichen Auftraggebern als Beratungsdienstleister für PPP-relevante Fragen zur Verfügung.

Auch Österreich braucht PPP. Um es auf den Weg zu bringen, braucht es aber ein politisches Commitment, ein Zugpferd für das Thema und eine Initiativgruppe, die sich um die Weiterentwicklung kümmert. Denn der Budgetdruck wird noch größer werden – und der macht bekanntermaßen kreativ.

Feri Thierry ist Geschäftsführer von Thierry Politikberatung sowie Lehrgangleiter des Masterstudiums „Lobbying/Public Affairs“ an der Akademie für integrierte Kommunikation (BFI Wien) und Vortragender an verschiedenen Bildungsinstitutionen.

